Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 10

Artikel: Französische Zukunftsprogramme
Autor: Gyssling, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334974

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ser gelegentlich mit Beifall erwähnt). Und er empfiehlt es deswegen zu angelegentlichem Studium. Jedoch er ist freilich überzeugt, daß die allgemeine Lage schon weit über den Punkt hinausgewachsen ist, wo die «Rettung Europas» durch bloße Befolgung der hier gegebenen Ratschläge denkbar gewesen wäre. Und deshalb kann er nur dazu auffordern, diese Ratschläge als gedankliches Rohmaterial für gegenwarts*nähere* Überlegungen zu verwenden. Denn das scheinen sie ihm allerdings in hohem Maße zu verdienen. nn.

Französische Zukunftsprogramme

Von Walter Gyßling

Mit der steigenden Bedeutung, die das Kämpfende Frankreich in Nordafrika und die mit ihm aufs engste verknüpfte Widerstandsbewegung gewonnen haben, hat sich im Verein mit der nun auch in Frankreich lebhafter gewordenen Diskussion über die Nachkriegsprobleme das Interesse der Frage zugewandt, wie sich diese französische Widerstandsbewegung eigentlich den Aufbau des neuen Frankreich vorstellt. Bezeichnenderweise verwendet sie ja gern den Ausdruck «Vierte Republik», die das kommende Frankreich deutlich vom autoritären «Etat Français» Pétains wie von der «Dritten Republik» der Vorkriegszeit abgrenzt. Es soll also offenbar etwas Neues geschaffen werden, ein Frankreich ganz anderer Struktur; der nationalen Befreiung soll eine grundstürzende Revolution folgen, wo nicht gleich Hand in Hand mit ihr gehen. Darüber scheint sich, wenigstens nach den Zeugnissen ihrer illegalen Literatur, die gesamte französische Widerstandsbewegung einig zu sein, und warum das so ist, warum die ökonomische wie die politische Entwicklung in Frankreich ein eindeutig revolutionäres Bewußtsein bei den französischen Volksmassen erzeugt hat, das haben wir bei früherer Gelegenheit eingehend dargetan[1]. Was heute zur Debatte steht, ist nicht mehr die revolutionäre Entschlossenheit des französischen Volkes überhaupt, sondern das sind die Zielsetzungen der Widerstandsbewegung, soweit sie über die Grundforderung der nationalen Befreiung hinausreichen. Angesichts der verschiedenen Strömungen, aus denen sich diese Bewegung formiert hat, angesichts der Tatsache, daß in ihr Sozialisten, Kommunisten, Radikale, Gewerkschafter, Linkskatholiken, konservativ gestimmte Patrioten zur Befreiung Frankreichs zusammenwirken, konnte man sich auf ein reichlich buntes Bukett von Zukunftsprogrammen gefaßt machen, so daß es – wenigstens für Nichtmarxisten, die den vereinheitlichenden Einfluß der Produktionsverhältnisse und des gesamten gesellschaftlichen Seins auf die Bildung des Bewußtseins der französischen Volksmassen verkennen – fast überraschend wirkt, wenn heute an Hand der illegalen Literatur und anderer für die französische Widerstandsbewegung maßgeblicher Auslassungen festgestellt werden

---

[1] Vgl. den Aufsatz «Was wird aus Frankreich?» im Augustheft 1943 der «Roten Revue» (22. Jahrgang, Heft 11).

kann, daß es erstens überhaupt nur drei wesentliche, bezüglich ihrer Zukunftsprogramme merklich voneinander abweichende Richtungen innerhalb der Widerstandsbewegung gibt, und zweitens, daß selbst diese politischen und wirtschaftlichen Zukunftsprogramme der drei Hauptrichtungen, der Gaullisten, Sozialisten und Kommunisten, sich in wesentlichen und entscheidenden Punkten decken, daß sie insbesondere in der Grundforderung nach einer sozialistischen Struktur der Gesellschaftsordnung übereinstimmen. Die ökonomischen Widersprüche im Wirtschaftsaufbau Frankreichs und die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre bezüglich der gemeinschädlichen und antinationalen Wirksamkeit des Monopolkapitals, der Hochfinanz, haben auch in den Reihen des französischen Bürgertums die Erkenntnis von der Notwendigkeit typisch sozialistischer Maßnahmen reifen lassen. General de Gaulle hat dem in seinen Reden gegen die Trusts deutlich Ausdruck verliehen. Noch klarer, noch eindeutiger wurde dies aber in den gaullistischen Kreisen der französischen Widerstandsbewegung selbst formuliert in der ihr als wichtigstes Sprachrohr dienenden Zeitung «Bir Hakeim».

Dieses Blatt hat in seiner März-Nummer, die in der für ein illegales Organ geradezu sensationellen Auflage von 750 000 Exemplaren erschienen ist, eine programmatische Erklärung über die Gesellschaftsgrundlagen der «Vierten Republik» veröffentlicht, in der zunächst bezüglich der wirtschaftlichen Struktur des neuen Frankreich gesagt wird: «Was wir im Rahmen der Vierten Republik erstreben müssen, das ist ein Staatssozialismus von rigoros antikapitalistischer Einstellung. In die Hände des Staates, der seiner Macht und seiner Autorität durch die Herrschaft einiger Familien entkleidet wurde und durch diejenige einiger politischer Cliquen, die selbst der gleichen Tyrannei einiger großer Wirtschaftsgruppen unterworfen waren, in die Hände des Staates also gehören: 1. die großen Bankinstitute; 2. alle Unternehmen, die Rohstoffe herstellen oder über Naturkräfte verfügen; 3. die nationalen und internationalen Transportunternehmungen; 4. die für die Landesverteidigung arbeitenden Betriebe; 5. alle Unternehmungen, die infolge ihres Umfangs öffentlichen Charakter haben; 6. alle Unternehmungen, die aus Gründen des öffentlichen Interesses verstaatlicht oder kommunalisiert werden sollen. Der Privatbewirtschaftung bleiben vorbehalten gewisse Mittelbetriebe, das Handwerk und die Landwirtschaft. Aber die Staatskontrolle muß bezüglich jedes Zweiges wirtschaftlicher Tätigkeit absolut sein. Der Staat hat vor allem die Bedingungen zu bestimmen, unter denen die Privatwirtschaft Arbeiter einstellen kann, und garantiert diesen Arbeitern einen Kontrakt, der dem in den staatlichen Betrieben gleich ist.» Für eine spätere Etappe der Entwicklung sieht dann «Bir Hakeim» das allmähliche Verschwinden jeder Privatwirtschaft zugunsten der Staatswirtschaft vor. Dem Staat wird die Aufgabe gestellt, Produktion und Konsum zu rationaliseren. Maximale Produktivität und Unterordnung unter die ökonomischen Interessen der Volksgemeinschaft und nicht das Streben nach Profit soll die Leitlinie des gesamten Wirtschaftens sein. «Oberstes Gesetz der Gemeinschaft ist die Arbeit, zu der jeder verpflichtet ist, ausgenommen im Zustand körperlicher Unfähigkeit dazu. Ein Sozialversicherungsplan nach Art des Beveridge-Plans soll

die Arbeiter im Alter oder bei Erkrankung vor Not schützen. Das Prinzip des Privateigentums bleibt aufrechterhalten unter der Bedingung, daß dieses Eigentum streng normalisiert ist. Das Geld muß aufhören, dem, der es besitzt, eine der Gemeinschaft gefährliche Macht zu verleihen. Das ist eine Frage des Maßes. Zu geschehen hat folgendes: 1. Zugunsten des Staates ist der mobile und immobile Besitz aller derer, die durch Zusammenarbeit mit dem Feind das Land verraten haben, zu konfiszieren. 2. Zugunsten des Staates werden alle seit dem Juni 1940 getätigten Verkäufe annulliert, durch die französische Werte von Ausländern, Volksverrätern oder Kapitalflüchtlingen ins Ausland verschoben wurden.»

So weit die Bestimmungen des Wirtschaftsprogramms von «Bir Hakeim». Ihr eindeutig sozialistischer Charakter ist unbestreitbar, wenn auch gesagt werden muß, daß die einzelnen Programmsätze nicht überall den gleichen Geist der Klarheit atmen. Was soll zum Beispiel «normalisiertes Privateigentum» sein? Das Blatt deutet an, daß das Problem des Eigentums ein Problem des Maßes sei, will also vermutlich gegen die Anhäufung von Riesenvermögen in den Händen weniger Stellung nehmen. Aber es sagt nicht, bis zu welcher Grenze Privateigentum und Geldbesitz in den Händen des Einzelnen toleriert werden sollen; es sagt nichts, wie mit dem Überschuß zu verfahren ist, ob er weggesteuert werden soll, und wie. Die praktische Bedeutung dieser Frage wird allerdings durch das klare Sozialisierungsprogramm, dessen Hauptpunkte dem alten Wirtschaftsplan der französischen Gewerkschaften entlehnt sind, und durch die Forderung nach der Konfiskation des Besitzes der Kollaborationisten erheblich herabgedrückt, denn wenn diese beiden Forderungen erfüllt sind, wird es in Frankreich kaum mehr irgendwelche anormal große Vermögen geben. Auch das Sozialversicherungsprojekt erscheint mit dem Schlagwort «assurance sociale, genre Beveridge» vielleicht doch allzu dürftig konturiert. Dagegen verdient anderseits die Präzisierung der Sozialisierungsforderungen Unterstreichung, die die sozialistische Zielsetzung der Gaullisten von vornherein auf eine andere Ebene stellt und sie unter einem wesentlich erfreulicheren Aspekt zeigt als den demagogischen «Auchsozialismus» gewisser reaktionärer Strömungen im Lager Vichys, zu schweigen von den Pseudosozialisierungen des Neofaschismus oder der «Abart» des Sozialismus, die der deutsche Nationalsozialismus für sich in Anspruch nimmt.

Bleibt also, daß dieses Programm jedenfalls ein deutliches Zeugnis für den sozialistischen Kampf- und Aufbauwillen von Kreisen darstellt, die vor wenigen Jahren vom Sozialismus noch nichts wissen wollten. Daß es nicht die alte Linke der Sozialisten und Kommunisten ist, von der dieses Programm ausgeht, sondern Kräfte, die jetzt neu zur sozialistischen Idee vorgestoßen sind, beweist die Tatsache, daß mit diesem sozialistischen Wirtschaftsprogramm ein Staats- und Gesellschaftsprogramm vermengt wird, das ob seinen Unklarheiten und noch mehr ob seiner autoritären Romantik zur Kritik herausfordert, nicht zuletzt, weil es mit allzuwenig Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist. Das riecht doch in manchem nach der Vorstellungswelt eines militärisch-spartanischen Kommandostaates, wie ihn junge Offiziere sich erträumen mögen. Schon die Präambel der zitierten Programmerklärung läßt stutzen und verrät eine recht eigenartige Mentalität,

ein hugenottisch-militärisches Puritanertum, von dem fraglich erscheinen muß, ob es den lebensfrohen Franzosen besonders zusagen wird. Frankreich soll nicht mehr «douce» sein, sondern finster und angespannt. Eine «grimmige Disziplin» wird gefordert, später heißt es noch einmal: «eine düstere Zukunft erwartet uns». Und dann wird einem Staatsabsolutismus das Wort geredet, wie es in den totalitären Staaten nicht ausgeprägter geschehen könnte: «Die Freiheit wird nur in der Hingabe bestehen, die wir ihr mit allen Kräften unserer Seele dargebracht haben. Es wird nichts geben, als die Strenge, die dem Wort ‚Dienen' seinen vollen Sinn gibt. Wir werden vor allem die Diener eines Staates sein, der nur durch unsere völlige Hingabe stark sein kann.» Klingt das französisch? Oder «übersetzt»? Praktisch wird dann ein Parlament vorgeschlagen, das aus den Vertretern der Berufsorganisationen bestehen soll. Diese Berufsorganisationen sollen die eigentliche Grundlage der sozialen Organisation des Volkes bilden. Die Familie soll nur mehr als «vorläufige Rahmenorganisation» für die Minderjährigen dienen; wer erwachsen ist, hat einer Berufsvereinigung anzugehören und handelt als Staatsbürger nur durch das Medium dieser Vereinigung. Die Exekutivgewalt verkörpert ein vom Parlament gewählter «Oberster Volksrat», dessen Präsident «Chef des sozialistischen Staates» ist. Diesem Rat untersteht für die Ausführung der Regierungsgeschäfte ein «Rat der Volkskommissare». Das Parlament hat über die Wahl des «Obersten Volksrates» hinaus nur legislative Befugnisse, ein Kontrollrecht gegenüber der Exekutive steht ihm nicht zu. Als entscheidendes Machtmittel des Staates ist eine moderne Berufsarmee vorgesehen, die bezeichnenderweise «Prätorianergarde des sozialistischen Staates» genannt wird, und die dafür zu sorgen hat, «daß die Regierung überall Gehorsam findet». Im Kriegsfall sollen Milizen sie im Kampf gegen den äußeren Feind unterstützen. Nach all dem Gesagten fällt es schließlich kaum mehr auf, daß der Begriff «Demokratie» in dieser ganzen Programmerklärung überhaupt nicht vorkommt. Es ist unter diesen Umständen eigentlich auch nur selbstverständlich, daß diese Ideen weder bei den Sozialisten noch den Kommunisten Billigung finden, und daß beide Arbeiterparteien trotz aller grundsätzlichen Übereinstimmung mit den eigentlich sozialistischen Forderungen des «Bir-Hakeim»-Programms, mit dessen staatspolitischem Teil nichts zu tun haben wollen und ihn entschieden bekämpfen. Wie auch das französische Volk, mit dessen werktätigen Klassen in Stadt und Land gerade die Sozialistische Partei Frankreichs seit Jahrzehnten aufs engste verwachsen ist, seinen ganzen liebenswürdigen Traditionen nach von einem derartigen puritanischen Kasernen- und Kommandostaat kaum viel wird wissen wollen. Der Satz, daß der Staat für den Menschen da ist, und nicht umgekehrt der Mensch für den Staat, ist zwar in der Schweiz von Pestalozzi ausgesprochen worden und nicht in Frankreich, aber das französische Volk hat stets so gelebt und gedacht, als ob jeder Einzelne diese Erkenntnis mit der Muttermilch eingesogen hätte. Diese Konzeption eines militärisch-heroisch und asketisch gefärbten sozialistischen Staatsabsolutismus ist nicht auf französischer Erde gewachsen, sondern nördlich von uns, ist von Marx und Engels schon in ihren frühen Schriften bekämpft worden, hat mit dem menschheits-

befreienden marxistischen Sozialismus nichts zu tun, wenn auch der gleichfalls von Norden zu uns gekommene Herr Röpke die Gleichsetzung des freiheitsvernichtenden Kommandostaates mit jeder Art von wirtschaftlichem Kollektivismus mit Eifer als neuen Bürgerschreck aufputzt, der den alten, etwas brüchig gewordenen Bölimann «Bolschewismus» ersetzen soll. Marxistischer Sozialismus ist stets freiheitsschaffender Sozialismus demokratischen Gepräges, selbst dort, wo über die Formen der Demokratie von den althergebrachten recht abweichende Vorstellungen bestehen (Rätesystem). Der in den letzten Jahren seines Wirkens mit der Komintern in Konflikt geratene große französische Kommunist Charles Rappaport, einer der besten marxistischen Köpfe Frankreichs, hat einmal den Satz geprägt: «Ohne Sozialismus gibt es keine wirkliche Freiheit, aber ohne Freiheit auch keinen Sozialismus.» «Bir Hakeim» scheint dies sowenig begriffen zu haben, wie Herr Röpke es auf Grund der Funktion, die er für unsere vor der Zukunft zitternde Finanzbourgeoisie zu erfüllen hat, nicht begreifen darf.

Jedenfalls sind es heute in Frankreich Sozialisten und Kommunisten, die gegenüber der totalitären Romantik gewisser gaullistischer Strömungen die Ideen der Freiheit und Demokratie mit Nachdruck vertreten. Seitens der Kommunisten geschieht dies sogar mit einer solchen Nachdrücklichkeit, daß ihnen eine solche Haltung in den Jugendjahren der Komintern zweifellos die Abstempelung als «Demokratie-Fetischisten» eingetragen hätte. Typisch für die Gedankengänge, die die französischen Kommunisten heute in den Vordergrund stellen, ist ein Artikel des Deputierten Waldeck-Rochet, der zurzeit die Runde durch die internationale kommunistische Presse macht. Unter dem kennzeichnenden Titel «Die neue französische Demokratie» heißt es dort: «Die Fehler der Demokratie, die wir alle gesehen haben, können nur durch eine breitere und echtere Demokratie behoben werden. Das setzt voraus: Glaubensfreiheit für alle – Gläubige und Atheisten; Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit; Unverletzlichkeit des Heims und des Postgeheimnisses zur Wahrung der Menschenwürde; absolute Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Außerdem müssen gewisse soziale Grundrechte anerkannt werden, wie das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Schulbildung für alle, das Recht aller Arbeiter, auf Staatskosten gegen Unfall und Krankheit versichert zu sein, sowie die Gewährung einer ausreichenden Pension für alte Arbeiter. Diese sozialen Rechte und Freiheiten, die durch die Verfassung gewährleistet sein müssen, können nur verwirklicht werden, wenn sich die Regierung Frankreichs auf das Volk stützt und dem Volk gegenüber verantwortlich ist. Das setzt voraus: allgemeines Wahlrecht, frei von allem Druck durch die Finanzinteressen und frei von aller Korruption.» Waldeck-Rochet erörtert dann die Prozeduren, die er für die Aufstellung und das Arbeiten der Provisorischen Regierung für nötig hält, und schreibt in diesem Zusammenhang: «Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet wird die Provisorische Regierung raschestens Maßnahmen treffen müssen für die Lebensmittelversorgung, die Beschäftigung der Arbeiter, Erhöhung der Löhne und Gehälter, Unterstützung der Gefangenen, Reform der Geld- und Preispolitik, Konfiskation der Vermögen der Industriemagnaten, Bankiers

usw., die mit dem Feind in Verbindung standen, Kontrolle aller Banken und Kreditinstitute. Das sind temporäre Maßnahmen. Später können alle Trusts abgeschafft werden, wenn das Volk diesen Wunsch äußert.» Endlich heißt es gegen Schluß des erwähnten Artikels: «Die Nation muß das Kontrollrecht über ihre gewählten Vertreter und die Regierung haben. Die zentrale Reform, die notwendig ist, ist die ständige Kontrolle der gewählten Vertreter durch ihre Wähler; die Wähler müssen das Recht haben, unfähigen oder illoyalen Abgeordneten das ihnen übertragene Mandat wieder zu entziehen.» Nach diesen eindeutigen Bekenntnissen zur Erhaltung und zum Ausbau der individuellen demokratischen Freiheitsrechte und zu Maßnahmen, die offenkundig auf eine Annäherung der französischen Demokratie an die Prinzipien der Rätedemokratie abzielen, schließt der Artikel mit der Versicherung, die Kommunistische Partei Frankreichs sei bereit, ihre Rolle als große Partei zu spielen, deren ganzes Bemühen darauf gerichtet wäre, die wirksame Organisierung des öffentlichen Lebens herbeizuführen, wobei sie das höchstmögliche Maß von Demokratie mit der öffentlichen Ordnung verbinden.

Was an diesen programmatischen Auslassungen eines prominenten französischen Kommunisten besonders auffällt, ist, daß in ihnen von eigentlich sozialistischen, auf einen sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zielenden Forderungen kaum mehr die Rede ist als in «Bir Hakeim» von der Demokratie. Die Konfiskation des Vermögens der Kollaborationisten wird nur so beiläufig in einer Aufzählung anderer wirtschaftlicher Sofortmaßnahmen erwähnt, und die Verstaatlichung der Trusts soll erst später stattfinden, wenn das Volk diese Maßnahme wünscht. Daß die Kommunisten selbst diese Forderung erheben, daß sie als Partei für eine sozialistische Neuordnung der Gesellschaft eintreten, davon liest man kein Wort. Immer wird nur von der Demokratie gesprochen. Da nun doch wohl nicht angenommen werden darf, daß die Kommunistische Partei Frankreichs ihre sozialistischen Grundüberzeugungen überhaupt abgeschrieben hat, dürfte hier eine rein durch taktische Erwägungen bestimmte Haltung vorliegen, die an den Verzicht auf eigentliche sozialistische Parolen anknüpft, wie er schon in der Vorkriegszeit von den französischen Kommunisten geübt wurde. Sie fürchten eben die Isolierung von den breiten Massen der Werktätigen, einschließlich der Bauern und des Kleinbürgertums, die allesamt zwar an der Demokratie hängen, nicht aber durchweg für eine sozialistische Politik zu haben sind. Oder wenigstens zu haben waren. Denn, wenn sich diese Taktik der Kommunisten noch vor dem Krieg mit dem Hinweis auf den politischen Reifegrad des Bewußtseins der breiten Massen rechtfertigen ließ, so scheint sie heute doch der Entwicklung nachzuhinken. Gerade Proklamationen wie die der Zeitung «Bir Hakeim», die Äußerungen des Generals de Gaulle und anderer bürgerlicher Politiker über die notwendige Abschaffung der Trusts zeigen deutlich an, daß diese Kleinbürgerangst vor dem Sozialismus heute in Frankreich nicht mehr recht Boden hat, und daß für eine marxistische Arbeiterpartei kein Anlaß mehr besteht, ihre sozialistische Zielsetzung zu verstecken. Wenn dies seitens der Kommunistischen Partei Frankreichs auch heute noch geschieht, so dürfte dies auf eine gewisse Erstarrung ihres

Apparates in Schablone und Routine zurückzuführen sein und damit auf gewisse in den dreißiger Jahren immer mehr in Erscheinung getretene Methoden beim Aufbau der Komintern, die gehorsame Mamelucken selbständig denkenden Köpfen bei der Besetzung der ausschlaggebenden Parteipositionen den Vorzug gab. Es wäre keine Überraschung, wenn die Kommunistische Partei Frankreichs unter dem Druck der Massen ihre Schwäche bei der Propagierung des sozialistischen Ziels bald überwinden könnte; bis es so weit ist, bleibt ihr geistiger Einfluß auf die Führung der französischen Arbeiterbewegung gemindert.

Der liegt heute in erster Linie bei den politischen Organisationen, die sich aus der alten Gefolgschaft der Sozialistischen Partei (S. F. I. O.) und der freien Gewerkschaften (C. G. T.) rekrutieren. Die großen Reden der sozialistischen Führer in Algier, vorab Vincent Auriols und Félix Gouins, die Beschlüsse des sozialistischen Auslandskomitees in London und der sozialistischen Parteikonferenz in Algier, der illegale «Populaire» und andere in Frankreich erscheinende Veröffentlichungen der Partei, endlich das praktische parlamentarische Wirken der Sozialisten in der «Assemblée Consultative» in Algier lassen über die Willensrichtung der Partei keinen Zweifel bestehen. Sie bleibt dabei durchaus im Rahmen ihrer Traditionen, das heißt, sie propagiert in gleicher Weise und mit gleicher Intensität spezifisch sozialistische und rein demokratische Forderungen, so daß ihr Zukunftsprogramm eigentlich als Synthese aus den dargelegten sozialistischen Postulaten «Bir Hakeims» und der von den Kommunisten heute in den Vordergrund gerückten demokratischen Losungen gelten kann, wenn es auch natürlich beider Anregungen keineswegs bedurfte, um der S.F.I.O. ein sozialistisches und demokratisches Zukunftsprogramm zu sichern, welches vielmehr in den überlieferten Ideologien der Partei festen Grund und Boden hat. Dem Einfluß der S. F. I. O. und der C. G. T. ist es denn auch zu danken, daß die am 16. März 1944 auf der illegalen Plenartagung des «Conseil National de la Résistance», des obersten Organs der gesamten Widerstandsbewegung, verfaßte gemeinsame Programmerklärung in gleicher Weise die Wiedereroberung und Sicherung der demokratischen Freiheitsrechte wie die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und eine großzügige Sozialpolitik zugunsten der Arbeiterschaft als Kampfziele setzt. Dieser Programmerklärung haben die S. F. I. O., die Kommunistische Partei Frankreichs, die linkskatholischen «Démocrates Populaires» und einige Vertreter der Radikalen zugestimmt, ferner die C. G. T., der «Front National» (eine den Kommunisten nahestehende Massenorganisation), die «Mouvements Unis de la Résistance», die aus den Widerstandsorganisationen «Combat», «Libération» und «Franc-Tireurs» bestehen, endlich die militärischen Kampfgruppen der Widerstandsbewegung, nämlich «Francs-Tireurs-Partisans», «Armée Secrète» und das «Office Civil et Militaire».

Es wäre allerdings ein voreiliger Trugschluß, wollte man annehmen, daß die so erzielte Einigung über ein gemeinsames Aktions- und Aufbauprogramm der gesamten Widerstandsbewegung künftige Partei- und Machtkämpfe zwischen den in ihr vereinigten Organisationen ausschließen würde. Programmpunkte lassen sich immer verschieden auslegen, und über die Form und die Einzelheiten ihrer Verwirklichung, über die heute in

solchen Proklamationen nichts gesagt wird, bezüglich deren sich kein ernsthafter Politiker, wo immer er auch stehe, binden kann, sind später erst recht Differenzen möglich und zu erwarten. Immerhin läßt die grundsätzlich erzielte Einigung über den sozialistischen Charakter des neuen Frankreich die Prognose zu, daß sich solche Auseinandersetzungen weniger über die Grundfragen des sozialistischen Aufbaus an sich – ob und was sozialisiert werden soll – ergeben werden, als über die Probleme der staatlichen Organisation, darüber, wie groß der demokratische Gehalt des sozialistischen Frankreichs sein wird. Hier zeigen sich heute schon mit dem totalitären puritanischen Kasernensozialismus «Bir Hakeims», der radikalen, auf die Überleitung zum Rätesystem drängenden Demokratie der Kommunisten und dem Festhalten der Sozialisten an den traditionellen Formen der französischen Demokratie grundlegende Verschiedenheiten der Konzeptionen, die bereits in der Gegenwart das ideologische und wohl nicht nur ideologische Kampffeld der Parteien im neuen Frankreich umreißen.

Die Entwicklung der menschlichen Arbeit

Ein Vortrag von Jakob Bührer

In dem in der Büchergilde Gutenberg erschienenen Werk von Guglielmo Canevascini: «Die Entwicklung der menschlichen Arbeit durch die Jahrhunderte», über das ich Ihnen hier zu sprechen habe, gibt der Verfasser einen Abriß über den Aufstieg des Menschen von jenem Urzustand bis in die Gegenwart. Er zeigt auf, wie der Mensch seine Lebensbedingungen selber schuf, veränderte, verbesserte, wie davon die Formen der Gesellschaftsordnung abhingen. In einem zweiten und dritten Teil wird dargelegt, wie durch Genossenschaften und Gewerkschaften die Instrumente gefunden wurden, mit denen wir die Existenzbedingungen weiter verbessern und eine sozial gerechte und friedliche Zukunft schaffen können.

Es kann unmöglich meine Aufgabe sein, hier in einem einzelnen Vortrag wiederholen zu wollen, was Canevascini in Dutzenden von Radiovorträgen so meisterlich erklärte. Sie lesen das mit unendlich mehr Genuß und Gewinn in dem Buch selber nach und lassen sich von Hans Ernis geistvollen Illustrationen anregen, die geschilderten Tatsachen wieder und wieder zu überdenken.

Ich muß versuchen, Ihnen die menschliche Entwicklung von einem andern Aspekt, einem gefährlicheren, zu beleuchten, muß Ihnen von den Dingen sprechen, die nicht oder nur andeutungsweise in dem Buche von Canevascini stehen und stehen können.

Warum? Weil es sich um Radiovorträge handelt. Es ist schon ein unerhörtes Verdienst, daß dieses Thema und in so freimütiger Weise am Radio behandelt werden konnte, und die Tatsache erklärt sich nur, weil der onorevole Canevascini Regierungsrat ist und selber in der Tessiner Radiokommission sitzt. In Zürich, Basel (um von den Welschen zu schweigen) ist so etwas vorerst unmöglich.